

Die feministische Gewaltdiskussion: Besonderung und Integrationsaussichten

Hagemann-White, Carol

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hagemann-White, C. (1997). Die feministische Gewaltdiskussion: Besonderung und Integrationsaussichten. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 501-505). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138573>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

XIX. Sektion soziale Probleme und soziale Kontrolle

Leitung: Helge Peters

Gewalt in der Familie: Integration wider Willen

1. Die feministische Gewaltdiskussion: Besonderung und Integrationsaussichten

Carol Hagemann-White

Die feministische Gewaltdiskussion mit ihren Begriffsprägungen – Männergewalt, Gewalt gegen Frauen, sexualisierte Gewalt, Frauenmißhandlung, sexuelle Ausbeutung – und ihren Praxisprojekten – Frauenhäuser, Notrufe, Frauenberatungsstellen, Selbstverteidigungskurse, Wildwasser, Mädchenhäuser – hatte eine komplexe und zugleich zentrale Bedeutung für die neue Frauenbewegung der 70er Jahre. Die Bewegung ist ohne die Gewaltthematik, das Gewaltthema ohne die Bewegung so nicht denkbar. Das durch Hilfe für die Opfer sichtbar gemachte männliche Gewaltpotential wurde zum Symbol für die Gesamtheit von Benachteiligungen, Kränkungen und Entwertungen von Frauen in einer die Geschlechter ungleich behandelnden Gesellschaft.

Zugleich implizierte der breite Begriff von Gewalt die Idee eines anderen Umgangs der Geschlechter miteinander, die das Maß wäre, woran gemessen die jeweils angeprangerten Phänomene erst als Unrecht gelten konnten. Der Symbolcharakter von Männergewalt treibt zur Konfrontation hin, die regulative Idee eines denkbaren Geschlechterfriedens regt zur Herstellung von Zusammenhängen an. Die feministische Gewaltdiskussion birgt beide Tendenzen in sich. Im folgenden zeichne ich zunächst deren vielschichtigen Bedeutungen nach und zeige einige Ansätze zu einer Integration mit ihren Vor- und Nachteilen auf.

In den Anfängen der neuen Frauenbewegung hatte Empörung über männliche Gewalt eine *identitätsstiftende* Bedeutung. Das Aufbegehren gegen Fremdbestimmtheit im Bereich der Generativität – Kampagne gegen §218 StGB, Forderung nach schonenden und »natürlichen« Methoden, Infragestellung der üblichen Sexualpraktiken, vaginale Selbstuntersuchung oder Kritik an Frauenärzten – wurde regelmäßig mit dem Begriff der Gewalt für das jeweils inkriminierte Geschehen verknüpft. Die Linie setzte sich fort in andere Bereiche der Kritik an tradierten Formen männlicher Dominanz. »Gewalt« hatte so einen doppelten Sinn: Das Wort verwies auf konkrete Akte der Verletzung, und war zugleich Symbol für Unrecht im Geschlechterverhältnis.

Mit Abgrenzung vom männlichen Geschlecht als an Gewalt schuldig – bei der Sprache (vgl. Trömel-Plötz 1984) mußten sich alle ertappt fühlen – konnte die Aufforderung zur Eigentätigkeit und Autonomie zugleich sozial – in einer postulierten Gemeinschaft von Frauen – eingebettet und das ihr inhärente Risiko der Vereinsamung gebannt werden. Zusammenhalt und neue Identitätsfindung durch individuelle Emanzipation waren für die Generation der »Gründerinnen« (Stochr) zentral. Obwohl Feminismus heute keine vergleichbar

tiefe Umwälzung persönlicher Identitäten auslöst, löst die Benennung von »Gewalt gegen Frauen und Mädchen« noch immer Zusammenschluß gegen Unrecht aus.

Die Öffentlichkeitsarbeit der feministischen Projekte gegen Gewalt verstand sich als *Kritik an der Ehe und Kleinfamilie* und an vorherrschenden heterosexuellen Lebensformen. Kaum eine der Schriften aus den ersten zehn Jahren, die körperliche und sexuelle Verletzungen zum Thema hat, versäumt eine Kritik an der wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit von Frauen in der Ehe und an normativen Bildern von Weiblichkeit und Liebe (z.B. Benard/Schlaffer 1978, Ohl/Rösener 1979, Brückner 1983). Im Rückblick gesehen hat diese Gewaltdiskussion viel zur Legitimitätskrise der Ehe, aber auch zur Legitimierung neuer Aushandlungsprozesse in der Paarbeziehung beigetragen, wie sie heute weitgehend Normalität geworden sind.

War schon in der Debatte um die Familienrechtsreform, die 1977 endlich verabschieden werden konnte, die Fragwürdigkeit der Ehe als Versorgungsinstitut Thema, so hat die Veröffentlichung privater Gewalt auch ihren Ruf als Schutzraum für Frauen ruiniert. So gesehen kann die feministische Gewaltdiskussion dem »Individualisierungsschub« (im Sinne von Beck-Gernsheim 1983) der 70er Jahren zugeordnet werden.

Das Thema »Gewalt gegen Frauen« brachte hier wie in allen Ländern, in denen es öffentlich angesprochen wurde, die Frauenbewegung in Zugzwang: Den Betroffenen sollten *praktische Solidarität* erfahren, denn eine Aufforderung zur eigentätigen Veränderung war undenkbar. Schutz vor weiterer Gewalt, Unterkunft, Information und Unterstützung mußten geboten werden, ehe die Betroffene sich sinnvoll selbst helfen können würde. Zugleich wurde allerdings jede Zuordnung mißhandelter oder vergewaltigter Frauen zu den Gruppen der sozial Hilfsbedürftigen zurückgewiesen; Hilfe für sie sollte vielmehr den Sinn haben, den Raum der Selbstbestimmung für alle Frauen zu erweitern. Die Forderung, Frauenhäuser gut und beständig zu finanzieren, entsprang daher dem Verständnis des Staates als Garant für positiver Gleichberechtigung.

Die feministische Weise, über Gewalt öffentlich zu sprechen, legitimierte so ein staatliches Eingreifen im privaten Beziehungsraum, klagte aktive Gewährleistung der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen ein. So nimmt es nicht wunder, daß kommunale Frauenbeauftragte sehr häufig zu diesem Thema Öffentlichkeitsarbeit leisten: Untergündig legitimiert feministisch geleitetes Handeln gegen Gewalt auch ihren Auftrag.

Die feministische Gewaltdiskussion machte schließlich *Tatbestände bekannt*, über die in den Gesellschafts- und Humanwissenschaften bis dahin wenig oder nur Verzerertes zu lesen war. Die gesellschaftliche Aufklärung und Sensibilisierung zum Thema in den letzten zwanzig Jahren verdankt sich weitgehend der feministischen Thematisierung. Grundlagenforschung zu sexualisierter Gewalt gibt es in der Bundesrepublik dennoch kaum, und es hat wiederum kaum eine feministische Wissenschaftlerin mit diesem Thema wissenschaftliche Karriere gemacht, von einigen Promotionen abgesehen, obwohl gesagt werden kann, daß auch für die Soziologie Pionierarbeit geleistet wurde. Es ist wohl doch ein Schmuttelthema.

In den letzten Jahren deutet sich eine Aufteilung der feministischen Diskussion in mehrere Richtungen an, deren Verhältnis zueinander teils noch offen, teils mit Antagonismus belastet ist. Vielfach wird dies als eine Aufspaltung zwischen den »Radikalen«, die bewährte,

politische Konzepte, Begriffe und Strategien beibehalten oder noch zuspitzen wollen, und den »Pragmatischen«, die nach neuen Bündnissen suchen und sich veränderten Rahmenbedingungen anzupassen bereit sind. Die Lage scheint aber noch etwas komplexer zu sein. Sie hat einmal mit dem enormen »Erfolg« dieser Bewegung zu tun, die soweit reicht, daß 1996 Vergewaltigung in der Ehe strafbar geworden ist – bei aller Debatte um die Begleitbedingungen. Ein Erfolg aber, die vor allem darin besteht, daß immer mehr Betroffene auf die Flucht gehen, entspricht auf keiner Seite den politischen Zielvorstellungen.

Die »Radikalen« bei den feministischen Projekten könnten insoweit auch »Konservative« genannt werden, als sie selbst ihre Position als die Originäre der Gründerinnen betrachten. Beibehalten haben sie den Gedanken »struktureller Gewalt«, die alle Frauen – wenn auch unterschiedlich – betrifft, sowie eine Abneigung gegen den Staat, sofern er mehr tut, als Geld zu bewilligen. Die eigene Arbeit wird in konkreter Unterstützung einzelner Frauen gesehen, als Beitrag zur Erweiterung des Spielraumes, den eine Frau in dieser Gesellschaft hat, ihr Leben selbst zu gestalten. Anders gesagt: Die Treue zu früh bezogenen Positionen trägt die große Bereitschaft zum Einsatz für die betroffenen Frauen. Gewaltbenennung hat einen hohen Stellenwert als Abgrenzung gegenüber dem männlichen Geschlecht. Institutionelle Phantasie, um weiterreichende Veränderungen zu entwerfen, ist wenig sichtbar. So läßt sich diese Position der Neigung zur *Besonderung* zurechnen.

Dem stehen verschiedene Ansätze gegenüber, das Thema »Gewalt gegen Frauen« in Diskussionen zu integrieren, bei denen es zunächst nicht um Gewalt oder aber nicht um die Geschlechter geht. *Integration* bedeutet hier ein doppeltes: einerseits die feministischen Erkenntnisse über Gewalt hineinzutragen in Kontexte und Themen, wo sie noch nicht präsent waren; andererseits auf eine Neubestimmung anderer Themen und Diskussionen zu drängen, damit in ihnen das Thema »Gewalt gegen Frauen« Platz hat und sogar notwendig wird. Sie bedeutet aber auf alle Fälle, die Kraft des Themas »Gewalt« zur Abgrenzung zwischen den Geschlechtern aufzugeben. Wer auf Integration setzt, muß auf Gewalt als Symbol für alles Unrecht an Frauen verzichten.

Und das bedeutet weit mehr, als die (oft bequeme, wenn auch nicht ganz unbegründete) Konfrontation zwischen Frauen und Männern als Opfern und Schuldigen auszuklammern. Gewalt nicht mehr als Symbol zu verwenden, zwingt dazu, sie sorgfältiger anzusehen, und manches erscheint komplexer als zuvor. Entscheiden wir uns dafür, Gewalthandeln zu betrachten – also ein verantwortbares Tun von Personen, die zur Rechenschaft gezogen werden könnten –, so müssen wir es in den Kontext zurückversetzen, aus dem es die Skandalisierung als »Gewalt« allererst herausgeholt hat.

Bislang lassen sich vier Ansätze zur Integration der feministischen Gewaltdiskussion umreißen. Die Arbeit gegen Gewalt in den Rahmen lebenslanger *Bildung* zu stellen entspricht der Annahme, daß Frauen durch normative und kulturelle Einflüsse zur Verstrickung in Gewaltbeziehungen und zur Wehrlosigkeit gelangen. Solche Arbeit bleibt in der Praxis mit einem Zielkonflikt belastet: Das Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit den eigenen Gewalterfahrungen »läßt sich oft nicht auf einen regelmäßigen Termin fixieren« (Brandau u.a. 1991: 150) und viele Frauen sprechen ungern darüber mit Frauen, die nicht im Frauenhaus gewesen sind und »nicht wissen, wie es ist«. Die Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen in die Erwachsenenbildung einzugliedern, würde voraussetzen, daß es offene Begegnungs-

orte für die Bildungsarbeit gäbe, die nicht ausschließlich durch Gewalt definiert sind (damit auch die »nicht-mißhandelte« Frau hinkommt), die aber zugleich Schutz und Sicherheit bieten (damit unmittelbar betroffene Frauen dort Hilfe finden). Derzeit sind Frauenhäuser und Notrufräume kaum für Frauen einladend, die nicht akut in Not sind, und Bildungsstätten können keinen Schutz gegen Bedrohung organisieren.

Ein zweiter Impuls, das Gewaltthema einzubinden, ist der Anschluß an den Gedanken *sozialer Prävention*. Primäre Prävention hieße, mit männlichen Kindern so zu arbeiten, daß diese später weder mißhandeln noch vergewaltigen. Emanzipatorische Jungenarbeit ist in Ansätzen vorhanden, die Aktivitäten sind gering an der Zahl; es gibt kaum Kooperation zwischen ihnen und den Frauenprojekten. Feministische Ansätze sind mehrheitlich eher einem Konzept sozialer Prävention verpflichtet, die sich den (potentiellen) Opfern zuwendet, mit Aufklärung der Öffentlichkeit beginnt und bei der Abschaffung des Patriarchats endet.

Ausgeprägter ist der Versuch einer Neubestimmung des Gewaltproblems als ein Problem der *Gesundheit* von Frauen. Dies ist innerhalb der WHO gelungen, die inzwischen eine grundsätzliche Bedeutung von geschlechtsspezifischer Gewaltbetroffenheit für die gesundheitliche Lage von Frauen anerkennt (vgl. Maschewsky-Schneider 1996). In der Bundesrepublik hat eine relativ neue, fachlich fundierte Frauengesundheitsbewegung das Thema in den letzten Jahren aufgegriffen. Die Skepsis von Ärztinnen gegen Leichtfertigkeit des medizinischen Umgangs mit dem weiblichen Körper (vgl. Ehret-Wagener u.a. 1994) konvergierte mit der feministischen Forschung über die Langzeitwirkungen sexueller Gewalt zur Erkenntnis, daß Gewaltauswirkungen medizinisch unerkannt und unbehandelt bleiben.

Für eine Integration der Gewaltdiskussion in die praktischen und theoretischen Fragen der *Friedensbewegung* spricht einiges. Bislang verliefen die beiden Diskussionen nebeneinander, die Diskussion in der Friedensforschung über den notwendigen Abbau von Gewalt als »nicht zuletzt ein Problem des Alltags« und die feministische Diskussion über den notwendigen Abbau von alltäglicher Gewalt im Geschlechterverhältnis.

Hier soll ein 1996 begonnenes interdisziplinäres Forschungsprojekt in Osnabrück Integration fördern. Aufgabe der Untersuchung wird es sein, die Voraussetzungen für das Gelingen kommunaler Vernetzung zu erhellen. Mit der Fragestellung wird jene Wende in der Wahrnehmung von Gewalt akzentuiert, die mit der feministischen Diskussion genuin neu war: die Frage nach der gesellschaftlichen Tolerierung von männlicher Gewaltausübung – nun aber unter dem Vorzeichen ihrer möglichen Veränderung. Die Frage nach dem Frieden impliziert Einbezug, nicht Ausgrenzung, die Überwindung und nicht die Wahrung von Grenzen – Grenzen zwischen Hilfe und Strafe, zwischen sozialer Arbeit und Justiz, zwischen Frauen und Männern – nicht im Sinne der Verleugnung ihrer Unterschiedlichkeit, aber mit der Aufgabe, konstruktiv miteinander umzugehen.

Auf welchem Wege auch immer: Die Wechselbeziehung zwischen Besonderung und Integration muß gerade bei dem emotional aufgeladenen Thema intimer Gewalt anerkannt werden, denn ohne dieses Spannungsverhältnis geht Wesentliches verloren.

Literatur

Beck-Gernsheim, Elisabeth 1983, Vom »Dasein für andere« zum Anspruch auf ein »Stück eigenes Leben«, In: Soziale Welt 3: 307-340.

- Benard, Cheryl und Edit Schläffer 1978, Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe. Texte zu einer Soziologie von Macht und Liebe. Reinbek.
- Brandau, Heidrun u.a. 1991., Wege aus Mißhandlungsbeziehungen. Unterstützung für Frauen und ihre Kinder vor und nach dem Aufenthalt in einem Frauenhaus. Pfaffenweiler.
- Brückner, Margrit 1983, Die Liebe der Frauen. Über Weiblichkeit und Mißhandlung. Frankfurt/M
- Ehret-Wagener, Barbara u.a. 1994, Gebärmutter – das überflüssige Organ? Sinn und Unsinn von Unterleibsoperationen. Reinbek.
- Frauenhaus Köln 1980, Nachrichten aus dem Ghetto Liebe. Gewalt gegen Frauen. Ursachen – Auswirkungen – Bewältigungsstrategien. Frankfurt/M.
- Hagemann-White, Carol 1992, Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis. Bestandsanalyse und Perspektive. Pfaffenweiler.
- Hagemann-White, Carol u.a. 1981, Hilfen für mißhandelte Frauen. Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts Frauenhaus Berlin. Schriftenreihe des BMFJG 124. Stuttgart etc.
- Maschewsky-Schneider, Ulrike (Hg.) 1996, Frauen – das kranke Geschlecht? Mythos und Wirklichkeit. Ein Beitrag aus gesundheitswissenschaftlicher Perspektive. Opladen.
- Ohl, Dagmar und Ursula Rösener 1979, Und bist du nicht willig ... so brauch ich Gewalt. Ausmaß und Ursachen von Frauenmißhandlung in der Familie. Frankfurt/M, Berlin, Wien.
- Schall, Hero und Gesa Schirmacher 1995, Gewalt gegen Frauen und Möglichkeiten staatlicher Intervention. Stuttgart etc.
- Stoehr, Irene 1994, Gründerinnen – Macherinnen – Konsumentinnen? Generationenprobleme in der Frauenbewegung der 1990er Jahre. In: Ilse Modelmog, Ulrike Gräbel, Hg.: Konkurrenz & Kooperation. Frauen im Zwiespalt? Münster: 91-116.
- Trömel-Plötz, Senta (Hg.) 1984, Gewalt durch Sprache. Die Vergewaltigung von Frauen in Gesprächen. Frankfurt/M.

Prof. Dr. Carol Hagemann-White, Institut Frau und Gesellschaft, gGmbH, Lister Str. 11, D-30163 Hannover

2. Die Bedeutung der physischen Gewalt für die Reproduktion des Geschlechterverhältnisses

Gerlinda Smaus

1. These: Das Vorhandensein und die Anwendung physischer Gewalt bei und durch Männer bildet ein Strukturmerkmal des Geschlechterverhältnisses.

Das Geschlechterverhältnis bildet eines der Organisationsgrundlagen unserer Gesellschaft. Es zeichnet sich dadurch aus, daß der geringfügige biologische Unterschied zwischen Mann und Frau in sozialer Hinsicht zur Rechtfertigung einer weitreichenden Unterordnung von Frauen unter Männerherrschaft herangezogen wird. Die Geschlechterstruktur ist, ähnlich wie die Schichtstruktur, als eine vertikale zu denken, in der Weise, daß die Kategorie »Geschlecht: weiblich« die Wirkung der Variablen Bildung, Einkommen, Beruf negativ verstärkt. Man kann von einer *ceteris-paribus*-Klausel sprechen: wenn sonst alle Merkmale gleich sind, sind Frauen Männern *unterlegen*.